

# Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einsehl. 2,00 RM. Postbezug monatlich 2,00 RM. Postbezug vierteljährlich 5,00 RM. Postbezug halbjährlich 9,00 RM. Postbezug jährlich 16,00 RM. (ohne Zustellungsgebühren). Kreuzbandabonnenten: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Pf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise

Heute beginnt die neue Artikelreihe Rätsel, die niemand löste. Von Rudolf Stratz

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4  
Postadresse: Dresden-A. 1. Postfach - Fernruf: Ortsvertrieb Sammelnummer 24661, Fernvertrieb 14194, 20024, 27961-27963 • Teleg.: Neueste Dresden • Berliner Cod. 10000  
Postfach: Dresden 2060 - Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezüge keinen Anspruch auf Ersatz.

Nr. 88

Donnerabend, 13. April 1935

43. Jahrgang

## Noch feinererlei Klärung in Stresa

England in der Vermittlerrolle - Plädoyers im Kairoer Judenprozess

### Allgemeine Sicherheit oder Bündnisse?

Verlängerung der Konferenz bis Sonntag? - Die französische Denkschrift für Genf

Telegramm unseres Korrespondenten

Am heutigen zweiten Tag der Konferenz von Stresa begannen die Verhandlungen auf Holo Bella bereits erheblich früher als gestern. Die französische und die englische Delegation verließen kurz nach 9 Uhr ihre Hotels und begaben sich nach der Insel. In bisher lediglich die englischen und die französischen Minister größere Erklärungen abgegeben haben, während der Duce, abgesehen von Auslassungen aus von seiner Regierungsanrede, am gestrigen Vormittag kaum das Wort ergriffen hat, erwartet man für heute mit einer gewissen Spannung längere Ausführungen von italienischer Seite. Man scheint inzwischen eingesehen zu haben, daß heute abend die Konferenz zum Abschluß zu Ende geführt werden kann, und erwartet, daß die Verhandlungen sich unter Umständen noch bis Sonntagvormittag hinziehen.

#### Das französische Völkerbundsmemorandum

Der erste Tag der Konferenz war der typische Tag der ersten Fühlungnahme, des Abwägens der Positionen und des vorläufigen Suchens nach der Stellungnahme des anderen. Die erste Sitzung der Konferenz war angefüllt durch eine ausführliche Erklärung Sir John Simons, der die Ergebnisse seiner letzten Reisen und der Reisen des Vorkonferenzbeauftragten Eben besprach. Die Sitzung war strengstens vertraulich, da von jeder Delegation nur vier Mitglieder, der Ministerpräsident, der Außenminister, sowie die beiden ranghöchsten Mitarbeiter, an ihr teilnahmen. Ein Sitzungsprotokoll über diese Sitzung wurde nicht angelegt.

Nach der Rückkehr vom Besuch beim Grafen von Gera bei General Cadorna in Gallara verhandelte man von 17 Uhr an bis zum Abend über den Entwurf der französischen Denkschrift an den Völkerbundsrat, der bekanntlich von der deutschen Erklärung vom 16. März ausgeht und Vorschläge für eine fünfstufige Neuorganisation des Völkerbundes enthält. Durch diese Vorschläge soll der Pakt angeblich „wirksamer“ gemacht werden. Die Vorschläge sind durch die Veröffentlichungen über die russisch-französische Annäherung von Paris, die hier großes Aufsehen erregt haben, schon zum Teil bekannt. Sie beschließen eine Verschärfung der Artikel 10 und 16 des Völkerbundespakts. Artikel 10 stellt fest, daß die Mitgliedsstaaten die territoriale Unverletzlichkeit aller Völkerbundsmitglieder achten müssen, während Artikel 16 einzelne Sanktionsmaßnahmen gegen die als Angreifer erkannten Friedensbrecher enthält. Diese Verschärfung besteht darin, daß die Vertragspartner im Falle eines Angriffs und beim Verlegen des Völkerbundesrats bzw. im Falle einer Uneinigkeit der Mitglieder des Rates, die sich innerhalb von 48 Stunden entscheiden müssen, ihre Handlungsfreiheit gemäß § 15 wiedererlangen und von sich aus die von Artikel 16 des Völkerbundespakts vorgesehenen Sanktionen gegen den Angreifer auszuüben sollen. Im übrigen wird von französischer Seite behauptet, daß die französische Denkschrift keinerlei unmittelbare Schritte wegen der deutschen Erklärung vom 16. März vorschlägt, sondern nur verlangt, daß der Völkerbundspakt in der angegebenen Weise verstärkt werde, um in Zukunft solchen Vertragsbrüchen (1) unumgänglich zu machen. Auf jeden Fall ist (vgl. auch die Meldung unseres Londoner A-Korrespondenten - h. Red.) der ursprüngliche Text des französischen Memorandums auf den Widerstand der Engländer gestoßen.

#### Englischer Optimismus

In einer Pressebesprechung der englischen Delegation schlug man einen recht optimistischen Ton an. Man erklärte dort, daß England bereit sei, alles zu tun, um mit der italienischen und französischen Regierung eine gemeinsame Linie für die Ratstagung in Genf zu finden, gab allerdings dabei zu, daß diese Linie im Laufe des gestrigen Donnerstags noch nicht gefunden worden war. Besonders großer Wert wurde darauf gelegt, die „Solidarität“ der Engländer mit den Franzosen und Italienern zu unterstreichen. Das Hauptbetonen der englischen Außenpolitik sei, wie weiter betont wurde, die kollektive Sicherheit im Rahmen des Völkerbundes als organisieren. Dieser bewußte Optimismus der Engländer

wird allgemein dahin ausgelegt, daß sie bestrebt waren, den pessimistischen Kommentaren anlässlich des ersten Konferenztages ein Gegengewicht entgegenzusetzen.

Man unterstreicht dabei besonders, daß die Engländer die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund und die Ermöglichung dieser Rückkehr als eines der wichtigsten Ziele ihrer Politik erklären, sowie die Mitteilung, daß die Besuche der englischen Minister in Berlin nicht etwa begünstigen, Deutschland Vorwürfe zu machen, sondern daß sie reinen Informationszwecken dienen und dazu beitragen sollten, die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund zu ermöglichen.

Als interessante Einzelheit wurde noch in den späten Abendstunden des Donnerstags bekannt, daß der französische Außenminister Laval auf seiner Reise nach dem Osten entgegen seinen ursprünglichen Absichten zuerst Warschau und dann Moskau besuchen wird, um der polnischen Regierung den Text der französisch-russischen Vereinbarung über die Reform des Völkerbundespakts zu unterbreiten.

#### Sonderverhandlungen der Delegationen

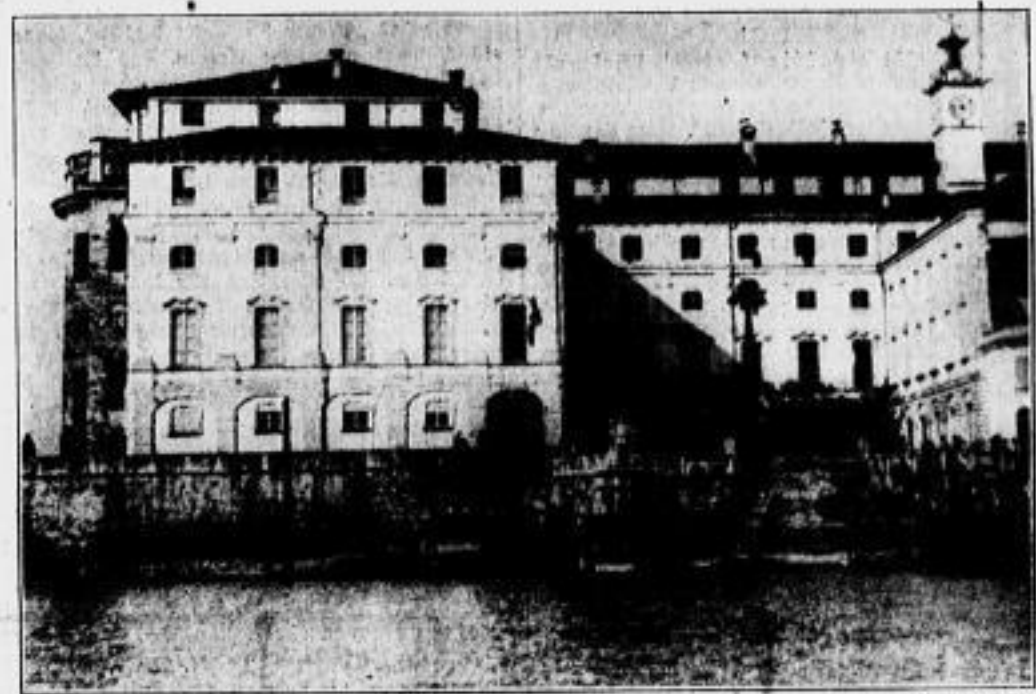
Die Freitag-Verhandlungen sind durch eine Reihe direkter Verhandlungen zwischen Vertretern der verschiedenen Delegationen vorbereitet worden. Bezeichnend für die zahlreichen einander widersprechenden Versionen über den Konferenzverlauf ist, daß eine angebliche Unterhaltung zwischen Macdonald und Franchin, die gestern abend im Hotel der französischen und englischen Vertreter stattgefunden haben soll, von englischer Seite dementiert wird. Bei der französischen Delegation dagegen hält man daran fest, daß eine solche Besprechung tatsächlich stattgefunden habe, allerdings sei sie ergebnislos geblieben.

Kußerdem fanden heute vormittag vor Konferenzbeginn Besprechungen zwischen dem französischen Völkerbundsbeauftragten Raffalli und dem italienischen italienischen Ministerpräsidenten Mussolini, Baron Kossik, statt. In der Vormittagsitzung selbst, die 3 1/2 Stunden dauerte, und die erst kurz vor 13 Uhr beendet war, sollen ausschließlich die französischen Vorschläge für die Genfer Ratstagung - die Völkerbundsreform und der Entschleunigungsentwurf für den Rat wegen des deutschen Schrittes vom 16. März - besprochen worden sein. Es ist bisher nicht bekannt, ob man in diesem Falle zu einer Einigung gekommen ist, und von diesem Umstand dürfte es abhängen, welches Thema für die um 10 Uhr beginnende Nachmittagsitzung gewählt werden wird.

#### Pessimistische Stimmung

DNB. Stresa, 12. April. (Durch Funkspruch) Die pessimistische Stimmung, die schon gestern in den Kreisen der drei Konferenzmächte erkennbar war, hat sich heute früh noch verstärkt, nachdem die Leitartikel der italienischen Morgenblätter bekanntgemacht worden sind. Wie man hört, bringen die Engländer auf Widerlegung der französischen Note an den Völkerbund, um Deutschland nicht völlig von Genf abzuschneiden und den Weg zu einer Konferenz in größerem Rahmen offen zu halten. Dagegen das Gerücht, daß man die Absicht habe, Deutschland und vielleicht auch Rußland und Polen nach Stresa einzuladen, sofort dementiert wurde, liegt der Gedanke einer späteren größeren Konferenz doch gemißtrauischen in der Luft. Genauso wie bei den Abrüstungsverhandlungen stellt sich hier heraus, daß ein dem Frieden dienendes europäisches Abkommen nur mit Zustimmung und unter Beteiligung Deutschlands erreichbar ist. Man hat deshalb den Eindruck, daß gerade die Engländer der Weniger Tagung nicht ohne Sorge entgegenblicken. Dort würden sich Sowjetrußland, die Kleine Entente und der Balkan nachdrücklich einschalten und, wie man fürchte, die Unnahelbarkeit Frankreichs verstärken. Das auch Italien das Eingreifen des Völkerbundesrats in diesen Fragen mit gemischten Gefühlen betrachtet, darf gleichfalls als feststehend angesehen werden.

Aber auch hinsichtlich der möglichen Ergebnisse von Stresa scheint man in italienischen Kreisen ziemlich ratlos zu sein. Diesen Eindruck steigert die italienische Presse jedenfalls wider. Um so mehr be-



Die Villa Borromeo, in der die Besprechungen stattfinden

## Getarnte Militärbündnisse

Gefährliches Spiel mit juristischen Formeln - Der Völkerbund und das französisch-russische Sonderabkommen

Bericht unserer Berliner Schriftleitung

F. Berlin, 12. April

Das russisch-französische Abkommen, das beide Mächte kurz vor dem Beginn der Konferenz in Stresa veröffentlicht haben, entspielt sich immer mehr als großes Druckmittel auf den Verlauf der Konferenz. In England sieht man mit Besorgnis auf diese Entwicklung, und die Londoner „Times“ haben die russisch-französische Vereinbarung dahingehend kommentiert, daß ihr Mangel darin bestehe, daß sie Europa wieder in zwei feindliche Lager trennen. Die Absicht, die beide Staaten mit dem Abkommen bezwecken, ist nicht etwa eine Verschärfung des Völkerbundespakts, sondern sie bedeute nicht mehr und nicht weniger als ein neues Uebergehen des Völkerbundes, der sich mit allem Einverständnis erklären soll, was die neuen Verbündeten für den Fall eines Nichteingreifens seitens des Völkerbundes auszunutzen gedenken. An die Stelle des Völkerbundesübergangs sollen also die neuen Militärbündnisse treten.

Die Deutsche Diplomatisch-Politische Korrespondenz“ geht in einem längeren Artikel auf die Hintergründe der neuen Abmachungen ein und schreibt darüber u. a.: „Ein Völkerbund, der ein solches Abkommen für vereinbar mit seiner Satzung hielte, würde im Vorfeld abtauchen. Er müßte entweder sich widerspruchlos allen Forderungen der genannten Mächtegruppe fügen oder andernfalls dieser dem Vorwand liefern, ihr vorher vereinbartes Ziel unter Mißbrauch des Artikels 16 Absatz 7 zu verwirklichen. Er würde in diesem Falle eine noch kläglichere Rolle als Vilnius zu spielen berufen sein. Das Streben nach tatsächlicher Aufschüttung des Völkerbundes, indem man ihn gerade bei den wichtigsten Entscheidungen umgeht

stent sie die militärische Stärke Italiens und die Geschlossenheit des ganzen Volkes unter Führung des Duce. Gleichwohl werden aber auch von italienischer Seite immer wieder feste Entschlüsse an Stelle unklarer Entschlüsse verlangt. Dadurch ist das Rätselraten über das, was hier geschehen soll, nur noch größer geworden. Allerdings konnte gar nicht erwartet werden, daß ein einziger Tag, an dem alle Fragen gestellt wurden und an dem die Gegenstände besonders aufeinanderprallen mußten, schon eine Klärung herbeiführen könnte. Denn drei Tage sind natürlich ein viel zu kurzer Zeitraum, um Fragen von diesem Ausmaß und dieser Bedeutung wirklich zur Lösung zu bringen.

oder übergeht, wird schon darin deutlich, daß die beiden Kontrahenten sich Rücksicht auf die sofortigen militärischen Aktionen unter Verletzung des Völkerbundespakts, aber unter Wahrung seines Geistes schaffen wollen. Auf dem Umwege über eine besonders vereinbarte Definition des Angreifers wollen sie sich offenbar das Recht sichern, in jedem Augenblick selbständig feilzuhelfen, ob und von welcher Seite ein Angriff vorliegt, um noch vor dem Ergehen einer eventuellen Weisung Entscheidung Maßnahmen zu treffen. Damit ist man unter Verletzung des Völkerbundespakts wieder bei der „gegenseitigen Hilfeleistung“ und der „automatischen Auslösung“ der Feindseligkeiten angelangt. Der Effekt wäre eine Organisierung des Krieges und damit das Gegenteil dessen, was der Zweck der Wilsonschen Gründung war.

Das sind nur einige Erwägungen, wie sie sich im ersten Augenblick vom ganz allgemeinen Standpunkt aus ergeben. Denkt man an die Erfahrungen der Vergangenheit, so erscheint das Spiel, das mit den neuen Rechtsformeln begonnen werden soll, noch viel bedenklicher. Deutschland hat im Jahre 1923 (Anbraktion Polencard) eine Verletzung seines Gebietes erlebt, bei der es bestimmt nicht der Angreifer war, ohne daß aber der andere Teil als solcher hätte gelten wollen. Dieses Beispiel kann lehren, daß eine Definition des Angreifers nur geringe praktische Bedeutung hat, wenn sie nicht durch die Definition des Angegriffenen ergänzt wird. Erst dann ergibt sich ein Gesamtbild, das eine gerechte Beurteilung zuläßt. Nun handelt es sich bei den französisch-russischen Vereinbarungen aber nicht um objektive Grundfälle - diese könnte nur eine ihrer Verantwortung gewachsene internationale Instanz gewissenhaft aufstellen -, sondern um eine politische Hellebung im Sinne bestimmter Konstellationen. Werden daraus einseitige Abreden gewissermaßen durch Blankovollmachten mit einer Art internationaler Autorität umgeben, so können sie zu einer wirklichen Gefahr für andere Länder werden, denen nicht die Organisierung von Bündnissen, sondern fern von allen Angriffsabsichten die Wahrung ihrer Lebensinteressen mit friedlichen und legitimen Mitteln am Dergegen liegt.“

Die Ausführungen der „Diplomatisch-Politischen Korrespondenz“ weisen mit Recht gerade auf den Punkt der Definition des Angreifers oder des Angegriffenen hin. Deutschland hat hiermit genaue Erfahrungen gemacht. Wir erinnern uns an den März, einfall, bei dem Frankreich nicht der Angreifer und Deutschland nicht der Angreifer war, damals ist ein